

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis: 10 Pf. — Anzeigen: Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind 10 Pf. pro Zeile und 10 Pf. pro Spalte. Anzeigen für den Ausland sind 20 Pf. pro Zeile und 20 Pf. pro Spalte. Anzeigen für den Ausland sind 20 Pf. pro Zeile und 20 Pf. pro Spalte.

Telegraphen: Cigaretten Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 124

Sonnabend, den 30. Mai 1925

20. Jahrgang

### Dr. Gessler über die Reichswehr.

Der Reichswehretat im Reichstag.

Den Beginn der Sitzung hat man bereits um 11 Uhr vormittags festgelegt. Der ganze Reichswehretat muß noch erledigt werden. Eine große Rede des Reichswehretats ist zu erwarten. So sind denn die Abgeordneten in verhältnismäßig großer Zahl erschienen.

Nach einigen geschäftlichen Formalitäten nimmt der Reichswehrminister Dr. Gessler das Wort. Vorher war schon im Reichstag ein Änderungsantrag zum Reichshaushaltsplan des Reichswehrministeriums eingegangen. Dieser Antrag lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, das Gehalt des Reichswehrministers zu streichen.“ Der Antrag stammt von den Sozialdemokraten. Sie wollen damit dem Reichswehrminister ihr Mißtrauen ausdrücken.

Dr. Gessler spricht frei und erwidert die ganze Lage der deutschen Reichswehr. Er spricht mit starkem politischen Einschlag. Zuerst setzt sich der Minister mit der Kritik auseinander, die am Dienstag von verschiedenen Seiten an der Reichswehr geübt worden ist. Er erklärt, die Ausgaben seien nicht zu hoch. Wenn man streichen wolle, dann müsse man unter das Heruntergehen, was selbst die Entente als notwendig für Deutschland betrachte. Es sei auch kein Nachweis erbracht worden, daß auf viel gespart werde. Der Minister behandelte die Schmierigkeiten, die in Bezug auf den tüchtigen Nachschub bei den Offizieren der Reichswehr bestehen. Auch für die Mannschaften müsse natürlich bei einer Dienstzeit von zwölf Jahren für Beförderungsmöglichkeiten Sorge getragen werden. Die Zahl der Offiziersbesoldung in der Reichswehr sei kleiner als bei der Schweizer Armee. Der Reichswehrminister gibt zu, daß

die Reichswehr Gelder von ausländischen Verbänden angenommen

hat. Aber sie habe sie lediglich angenommen, um damit Wohlfahrtsanstalten für die Angehörigen der Reichswehr — für die etatsmäßige Mittel nicht vorhanden sind — zu unterstützen. Dr. Gessler erklärte, daß er bei der Annahme der Gelder die Billigung z. B. des preussischen Innenministers Seeburg gefunden habe. Der politische Zweck der Annahme der Gelder bestehe darin, daß das Reichswehrministerium Organisationen, wie dem Stahlhelm, Wertvoll usw., das Geld abgenommen und dadurch verhindert habe, daß dieses Geld zu politischen Unfug verwendet wird. Der Reichswehrminister bezeichnet gewisse Spielereien einzelner Verbände als ein

Verbandsunwesen und Unfug.

Er bedauere, daß die Gelder für Wohlfahrtsanstalten in der letzten Zeit pfeilschnell geflossen sind.

Dann betonte der Minister mit Nachdruck, daß die deutsche Reichswehr dazu da sei, die deutschen Grenzen zu schützen. Die deutsche Politik sei friedfertig. Von ihm selbst stamme das Wort, daß in dieser Zeit nur ein Kerkelcher an den Krieg denken könne. Unter großer Spannung erwartet der Minister, auch der Reichspräsident von Hindenburg, der doch als militärischer Sachmann angesehen werden müsse, habe erklärt, daß Deutschland an einen Krieg gar nicht denken könne. Selbstverständlich sei man bereit, internationale Sicherheitsvereinbarungen für den gegenseitigen Schutz der Grenzen abzuschließen. So lange aber solche Abschlüsse noch nicht erzielt worden sind, muß dafür gesorgt werden, daß Deutschland nicht zum Kampffeld oder zur Stätte fremder Heere wird. Dieser Erklärung stimmte das Haus besonders lebhaft zu.

Der Minister führte weiter aus, wenn die anderen nicht abrästeten, dann sei es notwendig, daß Deutschland als Grundlage zur Erringung der Gleichberechtigung in der Welt ein Mittelmeer hat wie wir es tatsächlich in der Reichswehr besitzen. Es sei geradezu lächerlich, von geheimen deutschen Rüstungen zu sprechen. Frontisch meinte der Reichswehrminister, ein Volk, das heimlich rüsten wolle, dürfe nicht so schwach sein, wie es das deutsche Volk ist!

Mit Nachdruck wandte der Minister sich gegen die

Militärpolitik gewisser Kreise.

Wichtig sei, daß im Herbst 1923 Reichstagsbeschlüsse eingehalten worden seien, und daß die total erschöpfte Munition bis zu der durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenze ergänzt worden sei. Aber von einer Geheimhaltung könne keine Rede sein, denn er selbst, der Reichswehrminister, habe damals im Kabinett beantragt, diese Dinge offiziell der Entente mitzuteilen; leider sei dieser Antrag im Kabinett nicht durchgegangen. Heute machen Reichstagsbeschlüsse nicht mehr ausgedrückt.

Dann beschäftigte sich der Minister mit der Frage des Pazifismus. Gegen einen vernünftigen Pazifismus

sei nichts einzuwenden. Die größte Heeresvorlage aber sei in Frankreich von Herriot und seinem Linkstail gemacht worden, woraus sich ergäbe, daß Republik und Demokratie zwar friedlich aber nicht desinteressiert zu sein brauchen. Das deutsche Volk könne nicht auf das verzichten, worauf wir selbst nach dem Vertrag von Versailles Anspruch haben. Bei der bekannten Broschüre der Liga für Menschenrechte könne von einem Landesverrat keine Rede sein, wohl aber habe diese Broschüre Deutschland im Ausland sehr geschadet. Von einem Verrat könne deshalb keine Rede sein, weil neun Zehntel des Inhaltes der Broschüre eine Aufzählung der Maßnahmen, die im Versailler Vertrag festgelegt sind, bedeuten.

Dann gab es eine Sensation. Der Reichswehrminister beschäftigte sich mit den Anschuldigungen gegen die sogenannte schwarze Reichswehr

und wies diese Anschuldigung als unberechtigt zurück. Dabei kam er auf den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Reizner zu sprechen, der seinerzeit heftige Unklagen im sächsischen Landtag gegen das Reichswehrministerium erhoben hat. Der Reichswehrminister erklärte unter größter Erregung des Hauses, man müsse Herrn Dr. Reizner mildernde Umstände zubilligen, denn er habe als Unterlagen für seine Unklagen lediglich die Unklagen gehabt, die der deutschböhmische Reichstagsabgeordnete v. Graefe-Goldbeck gemacht habe. Bei den Böhmischen wird es unruhig. Sie schicken einen Diener hinaus, um Herrn v. Graefe zu holen. Der Minister spricht aber ruhig weiter, während die Abgeordneten sich lebhaft über diese Feststellung unterhalten.

Zu den Angriffen gegen das Offizierskorps kann ich nur ausdrücklich versichern: Das deutsche Volk, wie es steht, ist ein Volk der Republik! Das alte Offizierskorps hat sich mit größtem Willensgefühl der Republik für die Neugestaltung des Heeres zur Verfügung gestellt. (Beifall rechts.) Die Offiziere, die ihren Eid auf die republikanische Verfassung geleistet haben, werden diesen Eid nicht brechen.

Die Reichswehr habe eine weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Die Vorwürfe, die von der Sozialdemokratie gegen ihn gerichtet worden seien, seien ungerecht. Jedoch erkenne er an, daß Mangel vorhanden seien die beseitigt werden müssen und für deren Beseitigung er auch eintreten wolle. Scherzhaft sagte er zum Reichstag: „Wenn Sie mich einmal los sind, dann bekommen Sie mich nicht wieder.“ Die Republik müsse mehr Gemütskräfte schaffen. Die Liebe könne man nicht befehlen. Er wolle alles tun um die Liebe zur Republik zu fördern. Er habe seinerzeit, vor fünf Jahren, als er das Amt des Reichsministers übernommen, versprochen, Ordnung zu schaffen und das Heer zur Verfassungstreue zu erziehen. Er habe das Bewußtsein, diese Aufgabe erfüllt zu haben.

Nach der Rede Dr. Gesslers kamen noch die Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Bayerischen Volkspartei und der Württembergischen Volkspartei (Wirtsh. Vgg.) zu Wort. Dr. Gessler (Wirtsh. Vgg.) erinnerte unter Hinweis auf den sozialdemokratischen Antrag das Gehalt des Reichswehrministers Gessler zu streichen an Bismarck, der in einem ähnlichen Falle gesagt hatte, er werde das Gehalt einfach eintragen.

Abg. Solbi (Bayer. Vp.) bedauerte, daß wir durch die Entente verhindert würden, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen.

Der deutschböhmische Abg. v. Ramin erklärte, daß seine Partei den Wehretat annehmen werde, nicht wegen des Reichswehrministers Gessler, sondern deshalb, weil die Württembergischen Anhänger des Wehretats seien. Er polemisierte gegen die Liga für Menschenrechte, die die Geschäfte Frankreichs betreibe. Gegenüber der Feststellung des demokratischen Abg. v. Ramin, Reichspräsident von Hindenburg habe sich für eine friedliche Lösung der schwebenden Probleme eingesetzt, meinte der Redner, daß Hindenburg eben nicht anders könne, weil er keine genügend große Wehrmacht zur Verfügung habe.

Eine längere Debatte gab es dann über die sozialdemokratische Interpellation wegen des Plamierungsplans auf der Wehr. Die von dem sozialdemokratischen Abg. H. Anrich beantragte wurde. Verantwortlich für das Unglück sei der leitende Offizier gewesen. Aber thöricht sei die irreführende amtliche Berichterstattung gewesen und die Art, mit der von militärischer Seite die Defektivität durch Verschleierung des Tatbestandes völlig falsch unterrichtet worden sei. Auf die Frage, was die Heeresleitung tun wolle um der Wiederholung solcher Unglücksfälle vorzubeugen, erwiderte

Reichswehrminister Gessler, daß die Heeresleitung sofort alle Schritte getan habe, um die Ursache des Unglücks aufzuklären. Im kommenden Monat wird in öffentlicher Gerichtsverhandlung die Schuldfrage untersucht werden. Der Minister bestritt, daß irreführende Berichte von der Reichswehrverwaltung der Öffentlichkeit übergeben worden seien. Der grundsätzliche Fehler bei den Bestimmungen für die Plamierungsübungen sei der, daß sie nur für den Kriegsfall eingestellt waren, wo man mehr riskieren müsse als bei Friedensübungen. Diese Bestimmungen sind nach dem Unglücksfall sofort revidiert worden, und es sind weitere Sicherungs- und Schutzvorschriften aufgenommen worden.

Der kommunistische Abg. Neubauer meinte, der Unglücksfall sei eine Folgeerscheinung der Reichswehr, mit der bei der Reichswehr von höheren Vorgesetzten mit dem Leben der Soldaten umgegangen werde. Es sei vorgekommen, daß Soldaten auf Befehl ihrer Vorgesetzten mit scharfer Munition und Handgranaten strafverurteilt wurden, wobei auch leicht Unglücksfälle vorgekommen hätten. In den militärischen Berichten sei der Versuch gemacht worden, die wahren Schuldigen zu decken.

Nachdem sich der Abg. Bräunighaus (D. Vp.) gegen die Art des Vorgehens gewandt hatte, diesen traurigen Vorfall politisch auszunutzen, nahm Reichswehrminister Dr. Gessler noch einmal das Wort, um auf Grund der Nachprüfung durch ein Gerichtsverfahren zu bekräftigen, daß die Behauptung des Abg. Neubauer, daß mit scharfer Munition strafverurteilt worden sei, richtig sei. In dem angegebenen Fall habe es sich herausgestellt, daß die Soldaten leichtfertig mit einer scharfen Mine gespielt hätten.

In der weiteren Debatte nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Ramin das Wort. Der Reichswehrminister zu erfragen, doch zu den Verhörungen Herriot vom 28. Januar dieses Jahres in der französischen Deputiertenkammer über Verträge Deutschlands Stellung zu nehmen. Herriot habe davon gesprochen, daß Deutschland Gasmasken herausstellen versuche, obwohl ihm das verboten sei.

Reichswehrminister Dr. Gessler erwiderte, er wolle auf die Herriot-Rede vom Januar im allgemeinen jetzt nicht eingehen, sondern behalte sich das vor, wenn die Note über die Militärkontrolle einlaufen sei. Aber in der Gasmaskenfrage ist der Standpunkt der deutschen Regierung sehr einfach. Deutschland hat in Genf beantragt, den

Gefahren zu

diese besonders unmenschenliche und besonders unritterliche Art Krieg zu führen zu befehlen. Solange aber der chemische Krieg nicht abgeschafft ist, erlaubt Deutschland das Recht zu haben, Gasmasken als Verteidigungsmittel anzuschaffen. Im Versailler Vertrag sind zwar chemische Kriegsmittel verboten, aber Abwehrmaßnahmen gegen chemische Angriffe sind Deutschland nach Ansicht der deutschen Regierung erlaubt und zu diesen Verteidigungsmitteln gehören die Gasmasken. Wichtig ist, daß die Auslegung der Vertragsbestimmungen zwischen der Entente und der Reichsregierung streitig ist. Wir müssen dabei bleiben, daß uns Abwehrmaßnahmen gestattet sind. Sollte in Genf der chemische Krieg abgeschafft werden, dann hätten wir die Gasmasken nicht mehr nötig. Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich die anderen Länder zur Beseitigung des chemischen Krieges aufraffen könnten. Freilich, solange das nicht geschieht, müssen wir alle Schutzmittel die uns zu Gebote stehen, für unsere Verteidigung bereitstellen.

Die Debatte schließt: der Etat der Reichswehr mit Ausnahme des Etats der Marineverwaltung wird erledigt. Alle Bestimmungen werden bis nach der Pfingstpause vertagt. Die nächste Sitzung findet am 9. Juni statt.

### Herabsetzung der Umsatzsteuer.

Ein Erfolg der Demokraten.

Unter der Fülle der in der gestrigen Reichstags-Sitzung gefassten Beschlüsse ist von besonderer Bedeutung die Annahme einer von dem demokratischen Abgeordneten Dr. Fischer-Rölln eingebrachten Entschliessung, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Reichstag sofort einen Gesetzentwurf über Herabsetzung der Umsatzsteuer vorzulegen. Es ist zu erwarten, daß die Regierung die Vorlage zeitig einbringen wird, daß sie noch mit den Abtrien Steuerbefreiungen zusammen beraten und vor der Sommerpause verabschiedet werden kann.

Im Steuerauschuß des Reichstags wurde ein Vortrag des Abg. Dr. Fischer-Rölln (Dem.) bekräftigt, dem Einkommensteuergesetz eine Bestimmung beizufügen, derzufolge der Arbeitgeber für die ihm beim Lohnaus-